

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhandlung und die Druckerei die Bestellungen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf.

Bestellungen nehmen die Buchhandlung und die Druckerei die Bestellungen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf.

Telegramme: Kabinett Nachrichten. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 270

Freitag, den 18. November 1932

27. Jahrgang

Lage der politischen Hochspannung

Reise des Kanzlers nach Süddeutschland abgeklagt — Ergebnislose Verhandlungen mit Parteiführern — Neue Besprechungen bei Hindenburg bevorstehend

Berlin, 16. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der heutigen Parteiführerbesprechungen es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.

Die ersten Besprechungen mit den Parteiführern

Berlin, 16. Nov. Die Absage der süddeutschen Reise des Reichskanzlers hat in politischen Kreisen natürlich erhebliche Ueberraschung ausgelöst. Sie lag aber wohl von vornherein nicht außerhalb aller Möglichkeiten. Die Veranlassung ist in dem Ausgang der Besprechungen zu sehen, die der Kanzler heute mit den Parteiführern gehabt hat. Sie haben sich so abgepielt, daß gegen Mittag zunächst die Parteiführer Raas und Noos in der Reichskanzlei erschienen und im Laufe des Nachmittags dann Abgeordneter Dingeldey für die DDP und Dr. Schaeffer für die KPD. Die Einzelheiten dieser Besprechungen werden von den Beteiligten vertraulich behandelt. Was aber die große Linie der Unterhaltungen anbelangt, so hat Abgeordneter Dingeldey dem Kanzler seine Zustimmung zur nationalen Konzentration erklärt. Das gleiche gilt für die Stellungnahme der Zentrumvertreter. Der Unterschied liegt aber darin, daß Prälat Raas hinzugefügt hat,

unter jetzigen politischen Staatsführung müsse der Versuch der nationalen Sammlung aussichtslos bleiben,

und daraus ergäben sich nach Ansicht des Zentrums von selbst naheliegende Konsequenzen. Diese Erklärung ist natürlich mit einer Absage gleichzusetzen und sie dürfte auch der Tenor der schriftlichen Aufzeichnungen sein, die die Parteiführer dem Kanzler übergeben haben. (Dieses Schriftstück wird übrigens nicht veröffentlicht werden.) Es ist anzunehmen, daß die Darlegungen Dr. Schaeffers für die KPD, sich von dem Standpunkt des Zentrums nicht wesentlich unterscheiden.

Das Schwergewicht der heutigen Besprechungen liegt aber vielleicht noch stärker in dem, was der Kanzler allen Parteiführern gesagt hat. Er hat mit Nachdruck seine früheren Erklärungen unterstrichen, daß nichts an der Personensfrage scheitern dürfe, wenn Deutschland aus der gegenwärtigen schwierigen Situation gerettet werden solle.

Kurzgefaßt geht nun die Entwicklung so weiter, daß das Kabinett am Donnerstagvormittag mit der Lage befaßt. Für Donnerstag wird auch die Antwort der Nationalsozialisten erwartet. Dann wird der Kanzler noch am

Donnerstag, möglicherweise aber auch erst am Freitag dem Reichspräsidenten über seine Besprechungen mit den Parteiführern und die Stellungnahme des Kabinetts Bericht erstatten. Es ist zweifellos, daß der Kanzler auch dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck bringen wird, was er heute den Parteiführern gesagt hat. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Reichspräsident dann auf Grund der heutigen Sondierungen des Reichskanzlers selbst die Parteiführer empfangen wird, um sie zu fragen, welchen Mann und welches Programm sie an Stelle der „jetzigen politischen Staatsführung“ vorzuschlagen haben. Diese Empfänge dürften Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden.

Die Vortagsbesprechungen haben die Entwicklung also weiter vorwärtsgetrieben, die Entscheidung haben sie aber noch nicht gebracht. Sie liegt vielmehr im nächsten Stadium der Entwicklung, den Empfängen beim Reichspräsidenten. Damit bleibt trotz der Absage der Kanzlerreise die bereits gestern gegebene Darstellung richtig, daß die Klärung nicht vor der nächsten Woche zu erwarten ist. Die Entscheidung wird auf den Antworten basieren, die die Parteiführer dem Reichspräsidenten geben werden. In welcher Richtung diese Entscheidung gehen wird, läßt sich natürlich heute noch nicht mit Sicherheit übersehen. Nach Auffassung politischer Kreise sind aber die Aussichten dafür äußerst gering, daß die Parteien einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu weisen vermögen.

Sozialdemokraten gehen nicht zu Bayern

Berlin, 16. Nov. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der heute nachmittag eine Sitzung abhielt, beschloß, wie das Nachrichtenbüro des RSDAP. erklärt, daß der Einladungs des Herrn von Bayern zu einer Besprechung am morgigen Mittwoch nicht Folge geleistet werden soll. Der ursprünglich in Aussicht genommene Besuch der beiden sozialdemokratischen Parteiführer Weis und Dr. Breitscheid wird also unterbleiben.

RSDAP. beharrt auf ihrem Totalitäts-Anspruch

München, 16. Nov. Gregor Straßer fordert heute aufs neue in einem Artikel in der Nationalsozialistischen Parteikorrektur die Wiedereinsetzung der „außerordentlich starken, aufbauwilligen, opferbereiten, energiegeladenen Kräfte des Nationalsozialismus in die Staatsführung“. Und zwar, so schreibt er, ganz ohne Widerspruch, ungeteilt und uneingeschränkt, garantiert allein durch den Entschluß des Schöpfers und Führers der Bewegung.

Deutschland und der französische „Abrüstungsplan“

„Vollkommen auf die französischen Interessen zugeschnitten“

Berlin, 16. November. Nach Beurteilung der zukünftigen deutschen Stellen charakterisiert sich der gestern veröffentlichte französische Plan durch seinen Aufbau von vornherein nicht als ein Abrüstungsplan, sondern als ein Plan zur politischen Organisation Europas nach den bekannten französischen Gesichtspunkten. Es sind in neuer Form die alten Gedanken des Genfer Protokolls, die hier wieder aufgenommen werden und die schließlich auf die Schaffung des territorialen Status quo hinauslaufen. Dabei enthält der Plan verschiedene Konstruktionsfehler. Er verbindet einmal Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden können und müssen mit solchen, deren Durchführung lange Zeit erfordern würde. Ferner macht er Sicherheitsvorschlüsse, die eine bereits notwendige allgemeine Abrüstung und einen gewissen Rüstungsausgleich zwischen allen Staaten zur Voraussetzung haben müßten.

Die Frage des deutschen Gleichberechtigungs wird in dem französischen Plan vollständig offen gelassen. Die Verwirklichung unserer Ansprüche wird in eine ungewisse Zukunft verschoben, wenn auch eine Zeit Rahmen dafür durch die Bestimmung geschaffen ist, daß in allen Staaten dieselbe Heeresorganisation zur Durchführung gelangen soll.

Zu den einzelnen Punkten des Planes ist folgendes zu bemerken: Soweit das Kapitel I des französischen Planes in Frage kommt, sind hier nach wie vor die in Anlage B zum Locarno-Vertrag festgelegten Vorbehalte von Bedeutung, die sich auf die besonders militärische und geographische Lage Deutschlands beziehen und die sich in diesem Jahre viele Staaten zu eigen gemacht haben. — Die voraussetzende englische Ablehnung einer Erweiterung des Genferprotokolls hat die französische Regierung dazu geführt, zum Kernpunkte ihres Gleichberechtigungsplanes den europä-

ischen kontinentalen Nichtangriffspakt zu machen. Hier erheben sich alle die Bedenken, die deutscherseits seit Jahren gegen ein solches System geltend gemacht worden sind.

Die politische Hegemonie, gegründet auf militärische Überlegenheit einzelner Staaten und Staatengruppen, wird hier verweigert. Das französische Bündnis-system wird in Völkerverbandsform konzentriert, wobei das ganze System von demjenigen Staat als bequemeres Instrument gehandhabt werden kann, der sich mit seinen Trabanten im Völkerverbande eine einfache Mehrheit zu schaffen vermag. Besonders charakteristisch für die französische Einstellung ist dabei die Einzelbestimmung über bestehende besondere Vereinbarungen, womit natürlich die Demilitarisierung des Rheinlandes gemeint ist, die mit allen sich daran knüpfenden militärischen Konsequenzen in Geltung bleiben soll.

Sehr zweideutig sind die Ausführungen des französischen Planes über die Sonderrechte und Sonderstellung der Kolonialmächte, die anscheinend ihre Kolonialarmeen nicht oder nicht wesentlich abzurufen brauchen. Der größte Teil der französischen Kolonialarmee von 200 000 Mann langgedienter Truppen ist nur wenige Dampferstunden von dem französischen Mutterlande entfernt, zum Teil ist er sogar in Frankreich garnisoniert.

Wichtig ist, daß der Vorschlag an, daß den Militärarmeen zu entziehende schwere Material unter einer Völkerverbandskontrolle in den einzelnen Ländern selbst zu lagern und jedem Staat nach seinem Ermessen, falls er sich angegriffen fühle, wieder zur Verfügung zu

stellen. Daß auch andere angegriffene Staaten auf dieses Material zurückgreifen können,

ist utopisch, da ja doch die Angehörigen einer Armee mit schwerer Artillerie, an der sie nicht ausgebildet wurden, und mit Flugzeugen nichts anzufangen wüßten. Auf diese Weise will Frankreich es vermeiden, seine ungeheuren Mengen schweren Materials durch Zerstörung, die Deutschland hundertprozentig durchführen müßte, auch nur zu reduzieren. Es sichert sich damit eine Überlegenheit auf dem Gebiete der qualitativen Rüstungen, die dazu dienen muß, die Ungleichmäßigkeit, die wir bekämpfen, zu verewigen.

— Unklar formuliert ist die an sich durchaus begriffswerte Forderung nach einer internationalen Kontrolle der Waffenfabrikation. Was die Kontrolle mit Investitionsrecht anlangt, die der Plan fordert, so wird diese deutscherseits nicht grundsätzlich abgelehnt, wohl aber auch deutscherseits gefordert, daß eine solche Kontrolle gleiches Recht, gleiche Beschränkungen und gleiche Pflichten zur Voraussetzung hat.

Als Gesichtspunkte einer durchgreifenden und radikalen Abrüstung fehlen völlig.

Es ist keine Rede von einer Abschaffung der Schiffe über 10 000 Tonnen und der U-Boote. Zur Abrüstung der Luftstreitkräfte wird nur Bekanntes wiederholt. — Aus dem Gelegenen ergibt sich, daß die Abrüstungswirkung des französischen Planes, wenn er angenommen würde, recht geringfügig sein müßte. Die nächste Wirkung wäre jedenfalls eine Verlangsamung der effektiven Abrüstung auf längere Zeit. Der Plan ist auch in seinem bescheidenen militärischen Teil

vollkommen auf die französischen Bedürfnisse und die Entwicklung des französischen Heeres zugeschnitten,

das auf dem Wege einer fortschreitenden Verkleinerung der Dienstzeit nunmehr an der Milligramme angelangt ist. Der Plan sieht vor, daß andere Staaten dem französischen Beispiel folgen sollen, um den Abstand, der zwischen dem französischen und anderen Heeren besteht, aufrecht zu erhalten. Tatsächliche Gleichberechtigung und die Sicherheit, die aus der allgemeinen Abrüstung entspringt, wird anderen Staaten nicht gewährt. Diese werden auf juristische Sicherungen verwiesen sowie auf den Schutz, den ihnen die französische Armee auf Grund des Artikels 18 zuteil werden lassen würde. Damit soll die politische Suprematie, wie sie sich aus der militärischen Wehrmacht ergibt, verewigt werden. Das Fehlen von konkreten Vorschlägen für die Verminderung der militärischen Rüstung muß auf das Schwere enttäuschen. — Es ist vorauszusetzen, daß bei Befolgung des französischen Vorschlages eine fünfjährige Abrüstungskonferenz an Stelle einer fünfjährigen Abrüstungs-etappe treten würde. In Paris hat man, offenbar im Gegensatz zu London, wo ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit zutage getreten ist, noch immer nicht Sinn und Zweck der Abrüstungskonferenz erkannt. Es heißt abzuwarten, was die amerikanische Regierung, die das heute so brennend gewordene Problem der interalliierten Schulden mit der Abrüstung in Zusammenhang gebracht hat, hierzu zu sagen haben wird. An dieser Frage der Regelung der interalliierten Verschuldung ist aber die ganze Welt nicht weniger interessiert, wie an der Abrüstung selbst.

Der deutsche Außenhandel im Oktober

Berlin, 16. November. Im Oktober haben Einfuhr (808 Mill. RM.) und Ausfuhr (482 Mill. RM.) um den gleichen Betrag von 32 Mill. RM. zugenommen. Dem Werte nach bedeutet dies für die Einfuhr eine Zunahme von 10 1/2 Prozent und für die Ausfuhr um 8 1/2 Prozent. Der Menge nach hat die Ausfuhr nur um etwas mehr als 7 Prozent zugenommen, die Einfuhr dagegen um 11 Prozent. Infolge der Zunahme von Ein- und Ausfuhr um den gleichen Betrag beträgt der Ausfuhrüberschuß im September 64 Mill. RM. und beläuft sich für die rückliegenden zehn Monate dieses Jahres auf 200 Mill. RM. An der Zunahme der Einfuhr sind wie im Vormonat sämtliche Warengruppen beteiligt, doch haben im Oktober die Lebensmittel mit 21 Mill. RM. einen stärkeren Anteil an der Einfuhr als die Rohstoffe, deren Einfuhr um 18 Mill. RM. gestiegen ist. Die Zunahme der Ausfuhr geht sowohl dem Werte wie der Menge nach über die Steigerung hinaus, die vollkommen zu erwarten gewesen wäre. An der Mehr- ausfuhr sind mit 81 Mill. RM. ausschlaggebend die Fertigwaren beteiligt. Der Auslandsbedarf deutscher Waren konnte im Oktober nach fast allen Absatzgebieten gesteigert werden, insbesondere auch nach den überseeischen Ländern.

„Rom rettet die Welt“

Eine Rede Mussolinis

Rom, 16. November. Am Mittwoch nachmittag wurde der Wintertagsabschnitt der italienischen Abgeordnetenkammer mit einem kurzen Festakt anlässlich der sechzigjährigen Bestehensfeier eröffnet.

Nach einer Begrüßungsansprache des Kammerpräsidenten Starabbi ergriff Mussolini, dem bei seinem Erscheinen begeisterte Kundgebungen dargebracht worden waren, das Wort zu einer kurzen Rede. Die Bedeutung der Bestehensfeier, so sagte er, sei eine doppelte: Einerseits habe das italienische Volk in seiner geschlossenen, ungeheuren Masse einen entscheidenden Sprung nach vorwärts getan und er habe, Mussolini, fühle, daß er dem Sinne